

# Marzahn- Hellersdorf **links**

**DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt**

**Seite 2:** „Zur Person“ stellen wir Ihnen Martin Sudmann vor, hilfsbereit und aktiv bei vielem dabei, nicht nur bei der LINKEN

**Seite 2:** Petra Pau (MdB): Vier Spitzenmeldungen

**Seite 3:** Mieter - Ihr habt Rechte! - so appelliert Bernd-Rüdiger Lehmann - aber die bekommt man nicht von selbst

**Seite 4:** Aktuelles aus dem Bezirksvorstand / Eberhard Roloff: Wasser ist Leben - auch in unserem Bezirk!

**Seite 5:** Dagmar Pohle: Gesund aufwachsen / Gabriele Hiller: Brüsseler Eindrücke

**Seite 7:** Gedenken an Silvio Meier / Proteste von Flüchtlingen in Berlin

**Seite 8:** Veranstaltungstipps und Termine im Überblick

## Renten Ost und West: Besserung und Angleichung in Sicht?

Für die Seniorenvertretung Marzahn-Hellersdorf als Interessenvertretung für die ältere Generation im Bezirk ist die Angleichung des Rentenwertes „Ost“ an das Westniveau ein längst überfälliger Schritt zur Herstellung der sozialen Einheit in Deutschland.

Als wir im Mai 2012 mit einer Delegation zum 10. Deutschen Seniorentag nach Hamburg gefahren sind, nahmen wir das zum Anlass, die Bundeskanzlerin an das Versprechen zu erinnern, das sie auf dem 9. Deutschen Seniorentag in Leipzig 2009 gegeben hatte: Die Rentenangleichung wird in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt werden. Das sieht auch der Koalitionsvertrag vor.

Unser Schreiben blieb zunächst ohne Antwort, auf Nachfrage erfuhren wir, dass es „hier leider keinen Eingang gefunden hat“.

Am 18. Juni 2012 fand die alljährliche Senioren-BVV statt, und die Bürgerinnen und Bürger machten sich zum Thema „Rentenanpassung“ gehörig Luft und brachten ihren Unmut über die verschleppte Angleichung in einer lebhaften Diskussion zum Ausdruck. Für die Seniorenvertretung ergab sich daraus ein erneuter, dringender Handlungsbedarf. Wir sandten deshalb eine Kopie unseres Schreibens erneut an die Bundeskanzlerin.



*Regina Saeger bei ihrem emotional vorgetragenen Diskussionsbeitrag auf einer Veranstaltung zur Vorstellung des Rentenkonzepts der LINKEN, an der auch sie teilnahm.*

*Foto: Y. Rami*

Mit Antwortschreiben vom 11. Juli 2012 aus dem Bundeskanzleramt wurde uns dann mitgeteilt, dass für die Angleichung des Rentenwertes der Konsens aller Beteiligten erforderlich sei, der liege aber zurzeit nicht vor. Es kam dann noch der freundliche, aufmunternde Hinweis, es bestehe kein Grund, pessimistisch zu sein, die Renten seien ja zum 1. Juli 2012 um 2,18 Prozent gestiegen, in den neuen Bundesländern sogar um 2,26 Prozent. Mit dieser Rentenanpassung sei dann allerdings der Angleichungsbedarf im Osten bereits vollständig abgebaut. Wir konnten fast nicht glauben, was uns da auf-tischt wurde, aber was geschrieben steht, wird gelesen.

Das Antwortschreiben der Seniorenvertretung fiel dementsprechend kritisch aus. Es mutet doch recht seltsam an, wenn die zum 1. Juli 2012 erfolgte Rentensteigerung als „Chance, von weiteren Lohnangleichungen zu profitieren“ bezeichnet wird. Der Unterschied zwischen dem Rentenwert „West“ und dem Rentenwert „Ost“ stieg dadurch um 0,05 Euro (von 3,10 Euro auf 3,15 Euro), das kann man doch wohl nicht als Angleichung bezeichnen. Seit 2002 bis 2012 hat sich der Unterschied zwischen den Rentenwerten um einen Cent (von 3,16 Euro auf 3,15 Euro) verringert. Bei diesem rasanten Tempo würde die Angleichung noch Jahrhunderte dauern. Und da soll man nicht pessimistisch sein? Wir stehen als Seniorenvertretung nicht allein mit unserer Auffassung, dass es auf der Grundlage des gegenwärtigen Systems der Rentenangleichung auf der Basis der Lohnentwicklung selbst auf einen sehr langen Zeitraum hinaus keine Chance zur Angleichung der Rentenwerte gibt.

Aus dem Bundeskanzleramt erhielten wir dann am 21. August 2012 eine erneute Antwort, die sehr konkret darauf verwies, dass wegen der gegenwärtigen Interessenslagen und der Komplexität des Vorhabens ein Konsens für eine Vereinheitlichung des Rentensystems nicht absehbar, von der Sache her auch nicht erforderlich sei, „da die derzeitigen Regelungen zur Angleichung der Renten Ost und West zeitlich nicht befristet sind“. Außerdem, so teilte man uns mit, würde eine Anhebung der „Ost-Renten“ auf „deutliche Kritik“ der Bürgerinnen und Bürger in den alten Bundesländern stoßen. „Vor diesem Hintergrund wird daher deutlich, dass das unterschiedliche Rentensystem in Ost und West nach wie vor für fast alle Beteiligten Vorteile bietet.“

Das muss man ja wohl nicht kommentieren, und wir kamen zu der Schlussfolgerung, dass dieses Problem mit Briefen nicht zu lösen ist. Da sind wohl breite Aktionen vieler gesellschaftlicher Kräfte erforderlich – gerade in Vorbereitung der nächsten Bundestagswahlen.

Das muss man ja wohl nicht kommentieren, und wir kamen zu der Schlussfolgerung, dass dieses Problem mit Briefen nicht zu lösen ist. Da sind wohl breite Aktionen vieler gesellschaftlicher Kräfte erforderlich – gerade in Vorbereitung der nächsten Bundestagswahlen.

**Regina Saeger**

Vorsitzende der Seniorenvertretung  
Marzahn-Hellersdorf

# DIE LINKE.

## Zur Person: Martin Sudmann

### Auch das ist Lebenskunst

**M**artin Sudmann ist ein hilfsbereiter Genosse von der ruhigen, bescheidenen Art, der lieber anpackt, als viele Worte zu machen, aber sich auch gern an Standaktionen beteiligt.

Der gebürtige Berliner wuchs in einem Wochenkinderheim auf. Die Mutter arbeitete im Schichtsystem. Viele Jahre verbrachte er im heutigen Sachsen-Anhalt. Durch seinen Beruf, Maschinen- und Anlagemonteur, kam er viel in der ehemaligen DDR herum.

Gleich nach der Wende wurde der heute 48-Jährige arbeitslos. Da verlor der ehemalige Montagearbeiter seine Kontakte und geriet auf den sozialen Abstieg. Martin war und ist ständig auf Arbeitssuche. Den Spagat zwischen Arbeitslosengeld 1 und 2 und zeitweiligen Jobs, ein ständiges Leben auf niedrigem materiellem Niveau meistert er inzwischen ganz gut. Im Gegensatz zu vielen anderen hat der freundliche Lebenskünstler gute Erfahrungen mit dem Jobcenter gemacht. Das betont er ausdrücklich. Dankbar ist er für den Berlinpass, der neben der Mobilität auch den Besuch von Veranstaltungen und kulturellen Einrichtungen ermöglicht.

Dass das Sozialticket bezahlbar bleibt, kulturelle Teilhabe weiterhin für Menschen mit niedrigem Einkommen möglich bleibt, dafür will sich Martin einsetzen. Der kommende

Bundestagswahlkampf ist diesbezüglich eine Herausforderung. Acht Prozent der Stimmen gesamtdeutsch wünscht er sich für die LINKE, eine hohe Latte! Mit den neuen Bun-



*Martin Sudmann (li.) bei der Demonstration „Umfairteilen“ in Berlin im September, gemeinsam mit Klaus Ernst (MdB). Foto: privat*

desvorsitzenden blickt er optimistischer in die Zukunft der Partei. Themenfelder nicht nur für den Bundestagswahlkampf sollten nach seiner Meinung u.a. bezahlbare Mieten, Strom, Erhalt des Sozialtickets, das drei-Euro-Kulturticket und die Rentenpolitik sein. Martin war früher Mitglied der SED und ist

seit einigen Jahren Mitglied der LINKEN. Er wollte wieder aktiv sein als Mitglied und nicht nur Sympathisant. Regelmäßig geht er in seine BO, konnte sich so nach und nach Kontakte aufbauen. Er nutzt viele Parteiveranstaltungen, um unter Menschen zu kommen.

Als Wahlkampfhelfer fährt Martin gern in andere Bundesländer. So war er dabei in Bremen, Kassel, Remscheidt und Duisburg. Da kommt er herum, das ist trotz der Arbeit für ihn ein bisschen wie Urlaub.

Bei Steckaktionen übernimmt er gern auch mal Straßenzüge für andere Mitglieder mit. Seine Einsatzbereitschaft wird in der Geschäftsstelle geschätzt.

Da kommen wir im Gespräch auf die notwendige Struktur- und Geschäftsstellenreform. Die neue Geschäftsstelle sollte auf jeden Fall barrierefrei sein und verkehrsmäßig gut angebunden.

Für den Wahlkampf 2013 wünscht er sich bezüglich des Hängens von Plakaten eine Abstimmung mit den Grenzbezirken und klare, einfach verständliche Losungen auf den Plakaten. Ein bisschen bedauert er, seit Jahren die gleichen Gesichter im Wahlkampf zu sehen. So hofft er, noch mal einen oder mehrere Menschen zur Partei bringen zu können. Das ist Martins persönliches Ziel.

**Sabine Behrens**

## Petra Pau (MdB): Vier Spitzenmeldungen

**E**ine Woche, Mitte Oktober, sie war sitzungsfrei, also auch ohne Beratung des Untersuchungsausschusses des Bundestags zur NSU-Nazi-Mordserie. Und doch jagte eine Spitzenmeldung die andere.

**Die erste:** In Baden-Württemberg gab es einen deutschen Ableger des US-amerikanischen Ku-Klux-Klan. Auch zwei Polizisten gehörten dazu. Nun das Neue: Ermittler hatten einen der dort führenden Rassisten im Visier. Sie überwachten ihn. Erfolglos, denn ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes steckte dem Kapuzen-Kameraden die drohende Gefahr von Staats wegen.

**Die zweite:** In Thüringen versuchte der Verfassungsschutz aktuell einen V-Mann anzuwerben, und zwar aus dem Umfeld der linken Landtagsabgeordneten Katarina König. Die wiederum ist Mitglied im Erfurter Untersuchungsausschuss zur NSU-Nazi-Mordserie. Sie sollte also ausgerechnet von dem Geheimdienst „abgeschöpft“ werden, der zu den Totalversagern im Nazi-Skandal gehörte.

**Die dritte:** Im Bund gab Innenminister Friedrich kurzum kund, dass Bundestagsmitglieder der Fraktion DIE LINKE weiterhin vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Auf die Fra-

ge eines Journalisten, ob er denn Petra Pau, also mich, als eine Gefahr für die Verfassung ansehe, antwortete der CSU-Politiker: Darauf kommt es nicht an.

Einschub: DIE LINKE, die Partei und die Fraktion, sind für die Auflösung der Ämter für Verfassungsschutz als Inlandsgeheimdienst. Ihr Versagen oder Schlimmeres im Zuge der NSU-Nazi-Mordserie haben uns darin nur noch bestärkt. Der Verfassungsschutz hat sich selbst delegitimiert. Das sehen inzwischen auch andere so: Rechtskundige, Bürgerrechtler, Kommentatoren.

Dahinein platze **die vierte** Spitzenmeldung: Wolfgang Neskovic (MdB, parteilos, DIE LINKE) hatte zum Pressegespräch geladen. Seine Botschaft: Den Verfassungsschutz können nur Ahnungslose abschaffen wollen. Umgekehrt werde ein Schuh draus. Insbesondere das Bundesamt für Verfassungsschutz müsse massiv gestärkt werden.

Journalisten waren verwirrt. Ich konnte sie beruhigen. Wolfgang Neskovic hat unabhinstimmt und heimlich, aber gewollt vernehmlich seine in der LINKEN verwaiste Meinung hofiert. Das ist sein gutes Recht. Klug ist sie nicht.

### Unter dem Motto: „Wir werden 40!“

lädt der  
**Ernst-Busch-Chor**

Berlin e.V.  
wieder zu seinem alljährlich  
stattfindenden

### Konzert

am Samstag, dem **19. Januar 2013**,  
und Sonntag, dem **20. Januar 2013**,  
jeweils um **15.00 Uhr**

in das **Russische Haus  
der Wissenschaft und Kultur**  
Friedrichstraße 176–179, 10117 Berlin,

recht herzlich ein.

Eintrittskarten zum Preis von 12,00 €  
erhalten Sie ab 07.11.2012 über  
Frau Jutta Bohnau, Tel: 030 54801842

oder

Dienstag bis Freitag, 14.00 bis 18.00 Uhr,  
an der Kasse in der Friedrichstraße 176-  
179, 10117 Berlin, Tel.: 030 20302230.

Fahrverbindungen: U2 und U6 bis Stadt-  
mitte oder Bus 100 und 200.

## Mieter – Ihr habt Rechte!

**A**ber Ihr bekommt sie nicht von allein! Das war am 15. Oktober die Botschaft, die die etwa dreißig Anwesenden aus der Podiumsdiskussion zum Thema „Bezahlbares Wohnen – für alle!“ mitnahmen. Der Runde Tisch gegen Armut und Ausgrenzung hatte in die Evangelische Kirche Marzahn-Nord eingeladen. Gemeindeglieder und DGB-Gewerkschafter stellten auch die Masse des Publikums. Die auf den leeren Stühlen verpassten eine Menge starker Informationen von barem Geldwert. Peter Keibel und ich von der IG BAU referierten und diskutierten mit Wolfgang Brauer (DIE LINKE), Abgeordneter des Wahlkreises, und dem Vorstand der FELIX Wohnungsbaugenossenschaft, Roland Kirchhof. Die beiden waren als einzige Vertreter von Politik, Stadtverwaltung und Wohnungswirtschaft der Einladung gefolgt. Alle Wohnungsunternehmen – ob städtisch, genossenschaftlich oder privatgesellschaftlich – agieren im selben Markt unter gleichen Bedingungen. Zumeist arbeiten Genossenschaften und Landesunternehmen (degewo und Stadt und Land) sozialer als ihre Konkurrenten. Als beredten Ausdruck dessen verkündete Herr Kirchhof bei FELIX eine Leerstandsquote von unter einem Prozent. Die für Miethöhen veröffentlichten Zahlen sehen unseren Stadtbezirk an letzter Stelle – was für uns Mieter nur günstig ist. Der Zuzug nach Marzahn-Hellersdorf aus der Stadt und dem Umland hält an. Wir Bürger fühlen uns wohl hier, und an den „Platten-

bauten“ wurde bereits eine Menge getan. Allein, Mietsteigerungen finden auch hier statt. Freier Wohnraum wird knapper und Sozialer Wohnungsbau nach einem Jahrzehnt Pause wieder nötig. Damit speziell für kleine Genossenschaften verbundene Risiken erklärte Herr Kirchhof. Investitionen bedingen anschließend Mietsteigerungen. Lebhaft beteiligten sich die Anwesenden an der Diskussion, die deutlich werden ließ, wie wenig Mie-



Modernisierungsarbeiten in der Peter-Huchel-Straße.

Foto: B.-R. Lehmann

ter über ihre gesetzlichen Rechte wissen und wie (zu) viel Vertrauen sie zu ihren Vermietern haben. Anhand des BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) einfach aufgezeigt, lassen sich die wesentlichen Punkte an einer Hand aufzählen. Von ausschlaggebender Bedeutung:

die Ortsübliche Vergleichsmiete! Das ist die erste und wichtigste Kappungsgrenze für Mieterhöhungen. Diese nach Berliner Mietspiegel für seine Wohnung rechtlich zulässige Miete kann ein jeder Mieter sich selbst im Internet-Portal der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ausrechnen. Überraschend für viele der gesetzliche Fakt, dass nur zwei Faktoren diese Ortsübliche Vergleichsmiete in die Höhe treiben dürfen: • Neuvermietungen (erlaubt bis 20 % über Ortsüblichkeit) nach Umzügen und

• Umlagen der Kosten (11 % jährlich) nach Modernisierungen!

Bei der periodisch 2013 bevorstehenden Anpassung des Mietspiegels gehen aber auch wie stets die ungesetzlichen, d. h. unberechtigten Erhöhungen darin mit ein. Das vom Senat beauftragte Institut nimmt nur die gezahlten Miethöhen auf, prüft jedoch nicht deren Rechtmäßigkeit. Dulden also Mieter überhöhte Mieten, dann versündigen sie sich gegen das Gesetz und zugleich gegen ihre Mitbürger. Die nämlich bezahlen sodann infolge der Anhebung der Ortsüblichen Vergleichsmiete eine jetzt nach BGB § 558 legale Mieterhöhung. Am 27.9. debattierte der Deutsche Bundestag über einen Gesetzentwurf mit Abschaffung von Mieterrechten – Mieter, interessiert Euch das?

Dann fragt nach, geht ins internet – den Bundestag findet Ihr aber nicht bei Computerspielen.

**Bernd-R. Lehmann**  
IG BAU und DGB-KV-Ost

## Bundestag besucht und mehr

**A**m 19.10.2012 nahm eine Gruppe aus Marzahn-Hellersdorf an einer politischen Bildungsfahrt in den Bundestag teil. Vermittelt wurden sie über die Zeitung „Die Hellersdorfer“ auf Einladung von Petra Pau, die die politisch Interessierten nach einem Besuch der Plenardebatte persönlich begrüßte und sich den Fragen zum Sitzungswochenalltag, NSU-Ausschuss und Politiker-Zuverdiensten stellte. Nach einem kurzen Mittagessen, das trotz nicht überzeugender Qualität sättigte, begaben sich die Teilnehmer zum „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, wo man sich nach einer kurzen Einführung die Ausstellung ansah und über das Stelenfeld wandelte. Am späten Nachmittag war dann noch ein Informationsgespräch im Bundesinnenministerium zum Thema Rechtsextremismus, NSU-Aufklärung und Datenschutz geplant, wozu der Experte absagte und eine Allrounderin über das BMI, seine Liegenschaften, die Miete, den Neubau und die Organisationsstruktur berichtete. Die politisch Interessierten waren

damit nicht zufrieden und nach einer Frage, was denn mit den geschredderten Akten zum NSU passieren würde, kam das Ursprungsthema auch noch kurz zur Sprache.

Bei einem Abendessen wurde dann der Tag resümiert, und die Mehrheit der Teilnehmer gab ein positives Feedback zu diesem anstrengenden und abwechslungsreichen Tag. Kritisiert wurde vor allem, dass einigen Teilnehmern nicht an der Besichtigung des Denkmals gelegen war und dass das Tagesprogramm besonders im BMI umgestellt wurde.

**Hilke Taubert**



Besuchergruppenbild mit Bundestagskuppel

Foto: Atelier Schneider/Berlin

## Post an uns:

... die in dem Beitrag „Ziehen Sie doch in die Randbezirke ...“ in der Oktober-Ausgabe von Marzahn-Hellersdorf links verwendeten Zahlen sind weder aktuell noch richtig.

Der aktuelle und damit maßgebende Berliner Mietspiegel 2011 enthält ganz andere und deutlich höhere Werte (siehe Tabellenwerk S.13 - Mietspiegel \*).

Die Degewo als größter Vermieter in Marzahn z. B. kassiert für die E 10-Kategorie (QP71 - 2-Raumwohnung Bj. 1981, 49 m<sup>2</sup>) aktuell 5,28 EUR/m<sup>2</sup> (Spanne 5,03 - 5,72) und ab 1.12.2012 5,46 EUR/m<sup>2</sup>.

Relevante Werte für 2012 findet man hier \*): <http://www.wohnungsboerse.net/mietspiegel-Berlin/2825>

Marzahn (Marzahn) ist dort mit 5,39 €/m<sup>2</sup> eingeordnet.

Freundliche Grüße  
Hans-Jürgen Moder

# „Wasser ist Leben“ – auch in unserem Bezirk

Für DIE LINKE in unserem Bezirk ist Wasser, das wichtigste Gut der Daseinsvorsorge, inzwischen fast jahrzehntelang eines der vorrangigen Themen.

Begonnen hat es mit der Errichtung einer Pumpanlage am Habermannsee in Kaulsdorf-Süd, mit sachkundiger und tatkräftiger Unterstützung des damaligen Bezirksstadtrates, Dr. Niemann, zur Absenkung des Grundwasserspiegels.

Viele Häuser in Mahlsdorf und Kaulsdorf hatten durch den Wegfall der vor der Wende nötigen Wasserförderung plötzlich und unfreiwillig Wasser in ihren Kellerräumen (*siehe nebenstehendes Foto*).

Gemeinsames Auftreten des Vereins „SOS-Wasser im Keller“ mit vielen bezirklichen Unterstützern hat den Senat zur weiteren Sicherung des Pumpbetriebes bewegt.

Eine weitere Herausforderung war der Anschluss der Siedlungsgebiete an die zentrale Kanalisation der Hauptstadt. Für eine kostengünstigere Lösung, als der Senat den Bürgern auferlegen wollte, haben sich der VMEG und wieder das Bezirksamt mit Dr. Klett und Dr. Niemann eingesetzt, im VMEG Prof. Johannes Pilz, Peter Beisert und auch ich.

Die Kanalisation funktioniert und ist ein wesentlicher Schritt im Umweltschutz, in der Sicherung unseres Grundwassers.

Die Teil-Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe (BWB) und der weitere Rückgang der Wasserförderung, verbunden mit einer rd. 30-prozentigen Steigerung der Wasserpreise, haben den „Volkszorn“ entfacht und über Volksbegehren und Volksentscheid den 1. Schritt zur Rückführung der BWB in kommunale Verantwortung ausgelöst.

Mit Vertretern des Berliner Wassertisches und vielen Mitgliedern der LINKEN aus mehreren Bezirken ist ein Antrag an den jüngsten Landesparteitag eingebracht worden, der im letzten Teil fordert, alle Möglichkeiten zu nutzen, auf dem Rechtsweg gegen die Teilprivatisierungsverträge und die Privatisierungsgesetze nach gründlicher Prüfung vorzugehen. Ziel ist und bleibt die kostengünstigste, möglichst kostenfreie Rekommunalisierung der BWB, eine drastische Preissenkung und die Sicherung der Beschäftigungsverhältnisse der BWB.

Das soll der Maßstab für linke Politik sein! Und nun wieder an den Anfang unseres Umganges mit dem Wasser.

Berlinweit ist inzwischen eingetreten, was um den Habermannsee zum Zusammenschluss von Betroffenen im Verein „SOS Wasser im Keller“ geführt hat.

Das hat den Senat und das Abgeordnete-

tenhaus zu gesetzlichen Regelungen der Grundwasser-Regulierung zum Schutz von Gebäudeeigentum veranlasst, aber nicht zum Handeln.

Nach heftigen Protesten und öffentlichen Veranstaltungen wurde endlich in Verantwortung des Senats vom Staatssekretär Christian Gäbler, ein in der Koalitionsvereinbarung verein-

barter Runder Tisch „Grundwassermanagement“ ins Leben gerufen.

Der tagte am 29. Oktober 2012 nun schon zum dritten Mal, was zu

Fragen nach bisher Erreichtem in und für unseren Bezirk veranlasst, die da lauten:

- Welche Gebiete mit Gebäudeschäden durch gestiegenes Grund- und Schichtenwasser sind vom Bezirksamt der zuständigen Senatsumweltverwaltung benannt worden?

## Kurz informiert: Aus dem Bezirksvorstand

Im Zusammenhang mit der Basiskonferenz zum Thema „Wohnen in Marzahn-Hellersdorf – morgen noch bezahlbar?“ hat sich der Bezirksvorstand verständlicherweise auch ausführlich mit dem Thema Wohnen und Mieten befasst. Über die Problematik der Mietenentwicklung wurde bereits in der Oktober-Ausgabe dieses Blattes berichtet. Das Thema hat aber noch einen anderen Aspekt. Die Großsiedlungen in Marzahn und Hellersdorf wurden einst für junge Leute mit Kindern gebaut. Der heutige Bezirk Marzahn-Hellersdorf ist auf dem Weg, der „älteste“ Stadtbezirk Berlins (nach dem Durchschnittsalter der Bevölkerung) zu werden. Hier ergeben sich trotz vieler Modernisierungen und Rekonstruktionen Fragen. In viele Fünf- und Sechsgeschosser der Großsiedlung wurden Aufzüge eingebaut – aber fast immer muss trotzdem eine Anzahl Stufen überwunden werden. Und wohin mit dem Rollator? Abstellplätze dafür gibt es in den meisten Fällen nicht. Auch für Rollstuhlfahrer gibt es vielfach ein Problem – in die angebauten Fahrstühle geht oft kein Rollstuhl rein, und abstellen – siehe oben. Noch ist das kein großes Problem, es gibt barrierefreie Wohnungen im Erdgeschossbereich. In zehn Jahren werden die wohl nicht reichen. Es gibt die Tendenz, dass ältere, pflegebedürftige Menschen gern möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung bleiben möchten – entsprechende Hilfsmittel könnten das sehr erleichtern, aber ein Pflegebett geht meist nicht durch die Tür. Und wer in der Lage ist, sein Badezimmer auf eigene Kosten barrierefrei einzurichten,

- Was sind die speziellen Ursachen der Vernässung in den genannten Gebieten?
- Welcher Art sind die Schäden, welche Ursachen haben sie?
- Welche Eigentümer sind betroffen und wie viel?
- Welche Maßnahmen sind zum Schutz gegen Vernässungsschäden vorgeschlagen?
- Gibt es dafür schon Kostenvoreinschätzungen und in welcher Höhe?

Das sind Fragen, die alle Menschen bewegen, die am Erhalt unserer Umwelt und dem pfleglichen Umgang damit interessiert sind. Selbstverständlich gehört auch jedwedes Eigentum an von der Gesellschaft als Ganzes errichteten Baulichkeiten dazu. Es sind auch Ressourcen, die unsere Erde nicht unbegrenzt zur Verfügung hat. Das spricht nicht gegen den Schutz des Wassers, in welcher Form auch immer, denn „Wasser ist Leben“!

Das ist meine Meinung, was meinen Bezirksamt und die Menschen in unserem Lebensbereich dazu?

**Eberhard Roloff**  
(Text und Foto)

hat das Problem, dass er (oder die Angehörigen) bei Beendigung des Mietverhältnisses dann noch einmal nicht unerhebliche Kosten haben. Denn der ursprüngliche Zustand der Wohnung muss ja wieder hergestellt werden.

Es sind also nicht nur die Mieten, die ältere Menschen befürchten lassen, dass sie aus ihrer Umgebung „verdrängt“ werden, sondern auch solche eher technischen Probleme. Und die sind recht handfest, für die meisten davon gibt es keine „einfachen“ Lösungen. Aber es gab ein doch optimistisches Fazit unserer Gespräche in Vorbereitung der Basiskonferenz. Die großen Vermieter – Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften – haben das Problem erkannt und denken über Lösungen nach. Seniorinnen und Senioren sind nämlich durchaus gern gesehene Mieter – sie haben in der Regel ein nicht immer üppiges, aber sicheres Einkommen, haben also kaum Mietschulden, und sie machen wenig Probleme in Bezug auf lärmende Partynächte oder ähnliches.

Die Vermieter sind auch prinzipiell bereit, in diesen Fragen mit den gesellschaftlichen Kräften im Bezirk zusammenzuarbeiten. Allerdings möchten sie möglichst nicht einzelne Gespräche mit jeder Partei oder Organisation, sondern lieber so etwas wie einen „Runden Tisch“. Bei der augenblicklichen politischen Situation im Bezirk ist das wohl nicht ganz einfach, aber bei gutem Willen müsste das doch zu machen sein.

**Bernd Preußner**

## Dagmar Pohle: „Gesund aufwachsen in Marzahn-Hellersdorf“

Das ist das Motto eines Modellprojektes in der Großsiedlung, in dessen Rahmen eine bezirkliche Präventionskette entwickelt wird. Kommunale Präventionsketten sollen von der Zeugung bis zur beruflichen Ausbildung Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen ermöglichen. In Marzahn-Hellersdorf gibt es gute Beispiele für gelungene Kooperationen und Vernetzungen in den Stadtteilen und zwischen den verschiedenen Angeboten. Wichtig ist vor allem, dass die präventive Versorgung stärker auf die Problemlagen junger Mütter und Väter und ihre oftmals schwierige soziale Situation abgestimmt wird, mit einer höheren Betreuungsdichte und lebensnäheren Unterstützungssystemen, aber auch durch die Stärkung elterlichen Selbstbewusstseins und Eigeninitiative.

Dass alle Eltern für ihr neugeborenes Kind in unserem Bezirk einen Familiengutschein in Höhe von 40,00 Euro erhalten, mit dem sie Angebote der Familienbildung, der Beratung für die ersten Lebensmonate, Babymassagekurse u. a. finanzieren können, ist solch ein Unterstützungsangebot und oft ein guter Weg, gerade junge Mütter und Väter zu erreichen. Die seit dem vergangenen Jahr ins Leben gerufenen Eltern-AGs sind niedrig-

schwellige Unterstützungsangebote, in denen die Lebensrealität von jungen Familien zum Ausgangspunkt genommen und die Selbstorganisation in den Familien unterstützt wird. Das Motto des Modellprojektes war zugleich Motto der diesjährigen 11. Marzahn-Hellersdorfer Gesundheitskonferenz im Hörsaal des ukb. Mehr als 150 TeilnehmerInnen waren einen Tag lang im Dialog und Austausch zu ersten Erfahrungen und Ergebnissen beim Aufbau der Präventionskette. Die Konferenzberichterstattung wird auf der homepage des Bezirksamtes veröffentlicht und es bleibt zu hoffen, dass sie viele zur Kenntnis nehmen.

Ein Nachsatz: Vielleicht gewinnen dann auch andere neue Einsichten über die Benachteiligungsszenarien von Kindern und Jugendlichen, die in Armut, z. B. durch Hartz IV, aufwachsen und die gerade gesellschaftliche Empathie und Unterstützung benötigen. Und vielleicht öffnet es den eher mittelständischen Blick und das (west)deutsch dominierte Bild der bürgerlichen Familie, „der die subjektiven Rationalismen von Kindern und auch Eltern, die gerade in sozial benachteiligten Lebenslagen als unselbständig und erziehungsunfähig diskreditiert werden, nicht zu verstehen mag.“ (Prof. Dr. Raimund Geene „Kinder und Familienarmut in Deutschland“)

## Gabriele Hiller (MdA): Brüsseler Eindrücke

Einmal in der Legislaturperiode fliegt der Ausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses für Bundes-, Europaangelegenheiten und Medien zum Arbeitsaufenthalt nach Brüssel. Mitte Oktober war es soweit. Ein randvolles Programm füllte unsere zwei Tage in der belgischen Metropole.

Brüssel kocht über vor lauter Europa, die Stadt scheint alle Widersprüche des Kontinents in sich zu vereinen. Europäischer Gipfel, Tagung des Europaparlaments, Kommunalwahlen, Fußballspiel Belgien gegen Schottland - und dazwischen der ohnehin bunte, laute Alltag der Stadt mit Obdachlosen und sichtbarer Verwahrlosung auf der einen Seite und andererseits Wohlstand, ja Reichtum, erkennbar an teuren Auslagen und Geschäften sowie Restaurants in der Innenstadt. Da sind einerseits die überstarken Bezirke, die eine gezielte Stadtentwicklung als Ganzes verhindern, und andererseits eine wachsende europäische Metropole, die jeden Flecken Bauland aufkaufen lässt, Bodenpreise in rasante Höhen treibt und die Stadt zu einer der teuersten Europas macht.

70 Prozent der Gesetzgebung der Bundesrepublik werden von Europa aus gemacht. Grund für uns, in der Europäischen Kommission (EK) über Subsidiaritätsprüfung und Folgenabschätzung zu sprechen. Im Berlaymont, dem Sitz der Kommission, erfahren wir, wie Abwägungsprozesse ablaufen. Zuvor schon hatte uns Michel-Eric

Dufeil aus der Generaldirektion der EK über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik informiert. Berlin wird, das wissen wir bereits seit längerem, nicht mehr Zielgebiet 1 der Förderung sein. Andere Regionen sind bedürftiger. Aber mit wie viel Geld aus Brüssel wir rechnen können, ist noch offen, da wird noch gestritten. Insgeheim bin ich froh, dass das Schloss Biesdorf bereits fest in den Planungen bis 2014 drin ist, wer weiß, ob in der kommenden Förderperiode solches noch möglich sein wird.

Wir besuchen das Berliner Büro in Brüssel. Zehn Mitarbeiter der Verwaltung versuchen hier, Einfluss auf Gesetzesentscheidungen zu nehmen, ein „Frühwarnsystem“ aufzubauen bzw. Berliner Interessen wahrzunehmen (zum Vergleich - in der Bayerischen Vertretung sind es mehr als 70 MA). Staatssekretärin Dunger-Löper verweist im Gespräch darauf, dass oft auch mit geringen Mitteln Projekte realisiert werden können (Bsp. Bahnanschluss Berlin-Lichtenberg / Küstrin). Weitere Diskussionen über EU-Energiepolitik sowie die Arbeit der Berlin Partner GmbH, ein Instrument der Wirtschaftsförderung, folgen. Und es gibt einen interessanten unvorhergesehenen „Zwischenfall“, der Brüssel für uns noch verständlicher werden lässt. Beim „Berliner Abend“, bei dem wir als Gäste teilnehmen, lernen wir einen Lobbyisten kennen. Wir erleben, wie er agiert. Es geht um das Thema „Urheberrecht“. Das Hauptreferat dazu hält ein Vertreter

## Gärten der Welt - eine der schönsten Parkanlagen in Berlin/Brandenburg

Die Zuschauer des Fernsehsenders rbb haben die Gärten der Welt zum zweit schönsten Park in Berlin und Brandenburg gewählt. Die beliebte Gartenanlage in Berlin Marzahn-Hellersdorf konnte sich in der Zuschauergunst durchsetzen. Einzig Park Sanssouci in Potsdam lag in der Zuschauergunst noch höher, er belegte den 1. Platz.



Christoph Schmidt, Geschäftsführer der Grün Berlin GmbH, freut sich über das Ergebnis. Dies ist eine Erfolgsbotschaft für die geleistete Arbeit. Für Beate Reuber, Parkmanagerin der Gärten der Welt, ist das Erfolgsgemeinisch „diese einzigartige Idee, Natur, internationale Gartenkunst und Kultur zu verbinden, so dass sich Menschen aller Altersklassen hier wohlfühlen und erholen können“. Die Gärten der Welt blicken auf ein gelungenes Jahr 2012 zurück.

Erst im Juni dieses Jahres hatten sie erneut den begehrten Green Flag Award erhalten, eine hohe britische Parkauszeichnung, die seit einigen Monaten auch der Buckingham Palast in London tragen darf.

Wer sich von der herbstlichen Schönheit der Gärten persönlich überzeugen will, sollte schnell sein: derzeit bietet sich ein wunderschönes, leuchtendes herbstliches Farbenspektrum von feuerrot über dunkelrot bis leuchtend gelb.

Chantal Schärff, Grün Berlin GmbH

der „Gesellschaft zum Schutz von Urheberrechten“. Gewollt oder nicht - er wettet gegen die Unfähigkeit der Politiker, ein strenges Gesetz zu schaffen, kriminalisiert pauschal alle „Downloader“, fordert strenge Strafen. Da gab es plötzlich Einigkeit zwischen den Vertretern aller fünf in unserer Delegation vertretenen Parteien: Ja, eine Regelung steht aus, aber sicher nicht im Interesse derer, die das Internet als großen Markt verstehen. Der freie Zugang zum Internet für alle bleibt unser Anspruch (als ich nach Hause kam, fand ich den Gesetzesvorschlag der LINKEN im Bundestag dazu in meinem Postfach ...).

Letzter Tagesordnungspunkt, für mich auch der Höhepunkt der Reise, war ein Gespräch mit den Berliner Europaabgeordneten. Und, Freude, neben der eloquenten Dagmar Roth-Berendt (SPD) hat sich auch Lothar Bisky für uns Zeit genommen. Was er sagt (zum Urheberrecht, zur EU-Kulturpolitik, zum Nobel-Friedenspreis für die EU, den er begrüßt und als Herausforderung benennt), macht nachdenklich und nötigt auch den Vertretern der anderen Parteien Respekt ab. Ein Politiker, der Achtung über Parteigrenzen hinweg genießt, und ich bedaure, dass er nach der nächsten Wahl zum Europäischen Parlament 2014 nicht mehr dabei sein wird.

Zwei informationsgeladene Tage enden - sie haben uns Abgeordneten interessante Anregungen für die weitere Arbeit auf den Weg gegeben. Und es lohnt, für ein soziales Europa zu streiten.

## Wer kann helfen?

Der Bezirksvorstand hat in den vergangenen beiden Jahren im Dezember eine kleine Weihnachtsfeier für Kinder im Asylbewerber- und Obdachlosenheim Marzahn-West ausgerichtet. Diese wollen wir zu einer Tradition werden lassen und auch in diesem Jahr wieder veranstalten. Jedes Kind soll ein kleines altersgerechtes Geschenk erhalten.

Wer sich mit einer **Spende** daran beteiligen möchte, kann diese **bis zum 7. Dezember** in der Geschäftsstelle, Henny-Porten-Straße 10-12, abgeben. Neben **finanziellen Unterstützungen** sind auch **Sachspenden** gern gesehen. Es muss allerdings unbedingt Spielzeug sein, das nicht gebraucht ist und ohne Sprache auskommt (Lesebücher für Kinder sind daher nicht geeignet). Wir werden die Geschenke selbstverständlich wieder liebevoll verpacken, dafür sind Geschenkpapier, Geschenktüten und Schleifenband, gern gesehen und können ebenso gespendet werden. Wir sind für jede Unterstützung dankbar!

**Sarah Fingarow**

Mitglied des Bezirksvorstands

Wer eine **Spende überweisen** möchte, hier die Bankverbindung:

**Kontoinhaber:** DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf, **BLZ:** 100 500 00 (Berliner Sparkasse); **Kontonr.:** 219 382 81 67

**Verwendungszweck:** Spende, Vorname und Name, Adresse (bitte immer nur als **Einzelperson** überweisen)

## Veranstaltungstipp:

**Sonntag, 4. November 2012, 10.30 Uhr**  
**Pergamon und der Engel der Geschichte - »Die Ästhetik des Widerstands lesen«.**  
Lichtbildervortrag von Prof. Dr. Jürgen Schütte, Peter-Weiss-Bibliothek, Hellersdorfer Promenade 24, 12627 Berlin.  
Eintritt frei. Platzreservierung: 030 99 12008

Die Handlung des Romans »Die Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss beginnt im Herbst 1937. Drei junge Leute aus dem Berliner Widerstand treffen sich im Pergamonmuseum: Horst Heilmann, Hans Coppi und der Erzähler des Buches, dessen Name nie genannt wird. Die Beschreibung ihrer Eindrücke und ihre Gespräche wenden sich an einen konzentrierten Leser, der sich das Beschriebene vorstellen und über die Gespräche nachdenken kann. Näheres zu dieser Veranstaltung: <http://www.peter-weiss-bibliothek.de/pergamon-und-der-engel-der-geschichte-die-%C3%A4sthetik-des-widerstands-lesen-lichtbildervortrag-von-prof.-dr.-j%C3%BCrgen-schutte.html>

oder hier:



## Gesellschaftspolitisches Forum Marzahn-Hellersdorf

### Bini Adamczak - Lesung aus „gestern morgen“

**W**ie hältst du es mit dem Stalinismus? Für viele Anhänger der LINKEN scheint die Antwort auf diese Gretchenfrage klar zu sein. Sie berufen sich auf die berühmte Rede Michael Schumanns auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS am 16. Dezember 1989, in der verkündet wurde: „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“ Gleichwohl fühlen sich nicht alle wohl bei dem Gedanken, dass Linke offen über Verbrechen sprechen sollten, die von GenossInnen begangen wurden, insbesondere wenn es die eigenen GenossInnen waren, die zu Opfern wurden. Hintergrund ihrer Ängste ist oftmals, dass dadurch nicht nur die Totalitarismustheorie gestärkt, sondern auch die Idee des Sozialismus geschwächt würde.

Laut Bini Adamczak führt jedoch kein Weg daran vorbei, sich mit den eigenen geschichtlichen Voraussetzungen und der aufgeladenen Schuld auseinanderzusetzen.

Die politische Autorin, die sich vor allem mit dem Kommunismus und queerer Sexualität auseinandersetzt, las am 16. Oktober in der Peter-Weiss-Bibliothek aus ihrem Buch „gestern morgen“. Adamczak verfolgt da-

rin in sprachlich eindringlicher Weise den Weg der Russischen Revolution zurück, vom Hitler-Stalin Pakt bis zur Oktoberrevolution. Sie zeigt in diesem Buch das Scheitern der Revolution auf und stellt die Frage danach, wie es passieren konnte, dass ausgerechnet KommunistInnen, die die Forderung nach der Abschaffung jeglicher Herrschaft in die Welt setzten, eine mörderische Verwaltungsmaschinerie in Gang setzen konnten,

die jegliches „Abweichen“ von der „Parteilinie“ mit der Formel von der Konterrevolution zu unterdrücken wusste. Welche Bedeutung hat die Geschichte des Kommunismus für jene, die heute ein „kommunistisches Begehren“ artikulieren wollen?

Adamczak fordert in „gestern morgen“ zunächst Trauerarbeit ein, denn wer würde schon über KommunistInnen trauern, wenn nicht die KommunistInnen selbst? Sie versucht, den Opfern der Revolution, die unter

die Räder der stalinistischen Maschinerie gieren, eine Stimme zu geben und unter den Trümmern einer Geschichte des Scheiterns jene Träume zu bergen, die einst von den KommunistInnen selbst vergraben wurden, um das Projekt des Kommunismus erneut aufzugreifen zu können.

**Kristian Ronneburg**



## Aus den Siedlungsgebieten:

### Die Tangentialverbindung Ost (TVO) ist beschlossen - aber Fragen bleiben!

**D**ie Linksfraktion in der BVV begrüßt die Tatsache, dass der Senat von Berlin beschlossen hat, dass die Tangentialverbindung Ost nun zur Verkehrsentslastung in unserem Bezirk führen soll. Wir machen aber zugleich darauf aufmerksam, dass die von uns eingeforderte Schienenanbindung an den Flughafen Schönefeld zur Vermeidung von Umweltbelastungen und zunehmendem Straßenverkehr bisher nicht ausreichend gesichert ist. Offen ist zugleich die Trassenführung der TVO. Diese ist zwischen dem Bezirk und der planenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung umstritten. Die bisherigen Planungen im Senat weichen im erheblichen Maße vom „bürgerfreundlichen Lösungsansatz“ des Bezirkes ab. In der beabsichtigten Trassenführung der Senatsvariante werden ökologische und Anwohnerinteressen aus unserer Sicht nicht im ausreichenden Maße berücksichtigt. Der zuständige Bezirksstadtrat Gräff (CDU) berichtete vor den Fachaus-

schüssen und dem Plenum der BVV, dass der Bezirk sich noch im Oktober 2012 mit dem Senat über die Trassenführung einigen wird. Wie schwierig sich dieser Prozess gestaltet, zeigt sich auch darin, dass aus Sicht der Bezirksverwaltung die Senatszahlen zum Ziel und Quellverkehr nicht stimmen sollen. In der Debatte machen Bezirksbürgermeister Komboß (SPD) und Bezirksstadtrat Gräff (CDU) deutlich, dass es bei der Umsetzung der TVO jetzt Kompromisse geben muss. Worin diese bestehen werden ist offen. Zugleich sind die einst auf 48 Millionen Euro geschätzten Ausgaben für die Trasse jetzt in einem Investitionsvolumen zwischen 60 Mio. und 80 Mio. Euro angesetzt worden. DIE LINKE wird das Thema weiter verfolgen und die Bürgerinnen und Bürger über die Konsequenzen aus den Festlegungen informieren.

**Klaus-Jürgen Dahler**

Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

## Proteste gegen menschenunwürdige Bedingungen für Flüchtlinge

Unter dem Motto „Willkommen in Berlin! Für einen menschenwürdigen Aufenthaltsstatus in Deutschland! Asyl und Bewegungsfreiheit sind keine Privilegien, sondern Menschenrechte!“ demonstrierten am 13. Oktober etwa 6 000 Menschen in Berlin, um auf die prekäre Lage von Flüchtlingen in Deutschland aufmerksam zu machen. Die Demonstration fand im Rahmen eines Flüchtlingsmarschs von Würzburg nach Berlin statt.

Nach ihrer Ankunft in Berlin am 6. Oktober 2012 errichteten die Protestierenden auf dem Oranienplatz ein Camp, in dem momentan etwa 100 Menschen leben, um auf die menschenunwürdigen Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Deutschland aufmerksam zu machen. Zu den zentralen Forderungen der Protestierenden zählen der Abschiebestopp sowie die Abschaffung der Residenzpflicht und der Flüchtlingslager. Die Residenzpflicht verbietet es Flüchtlingen, ihren von den Behörden zugewiesenen Aufenthaltsort

zu verlassen. In der Regel können sie keiner Arbeit nachgehen und die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz reichen nicht aus, denn Asylsuchende erhalten deutlich geringere Leistungen, da diese seit Inkrafttreten des Sondergesetzes im Jahr 1993 nicht an die Preisentwicklung angepasst wurden. Flüchtlinge müssen daher mit etwa 60 Prozent der Sozialhilfeleistungen auskommen.

Zusammen mit Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion brachte DIE LINKE am 25.10.2012 einen dringlichen Antrag ins Berliner Abgeordnetenhaus ein, der den Senat dazu auffordert, sich für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und sich der Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz, Bremen, Brandenburg und Schleswig-Holstein anzuschließen (das Ergebnis der Diskussion um den Antrag lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor). Gleichwohl die parlamentarische Arbeit sehr

wichtig ist, ist auch die aktive Solidarität mit den antifaschistischen und antirassistischen Initiativen sowie die Unterstützung von Flüchtlingen gefragt. Um die Infrastruktur des Camps am Oranienplatz zu erhalten, sind die Protestierenden dringend auf Geldspenden angewiesen.

Spenden können auf das Konto des Fördervereins der KARAWANE überwiesen werden:

Förderverein Karawane e.V.  
Kontonummer: 40 30 780 800  
GLS Gemeinschaftsbank eG  
BLZ: 430 609 67  
Verwendungszweck: „Protestmarsch Berlin“

Weitere Informationen auf [asylstrikeberlin.wordpress.com](http://asylstrikeberlin.wordpress.com) und [refugeetaction.net](http://refugeetaction.net)

**Kristian Ronneburg**

## Silvio-Meier-Demo 2012

**Samstag, 24. November 2012 / 15 Uhr / U-Bahnhof Samariterstraße**



1965  
-  
1992

20-jährigen Gedenken an Silvio Meier und zahlreiche weitere Opfer rechter Gewalt findet eine bundesweite Demonstration am 24. November 2012 in Berlin statt.

Die Gefahr, welche von Faschisten ausgeht, ist ungebrochen. Die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ sind hierbei nur der traurige Höhepunkt von insgesamt 183 Todesopfern rechter Gewalt seit 1990. Besonders perfide erscheint das blutige Treiben des Nazi-Trios deshalb, weil der Verfassungsschutz in die Machenschaften des NSU verstrickt war, diesen mitfinanzierte und sich heute im Schreddern von Akten im großen Stil übt.

Auch die Polizei dachte während der Mordserie an insgesamt neun Migranten nicht daran, im Nazimilieu zu ermitteln; stattdessen war die Sonderkommission schon durch ihre Bezeichnung „Bosporus“ rassistisch aufgeladen. Nach der Logik deutscher Polizeibeamter konnten sich die „Döner-Morde“ nur im „migrantischen Drogenmilieu“ abgespielt haben. Eine durchaus vorteilhafte

Herangehensweise für den NSU, da ein Weiteragieren erheblich erleichtert wurde. Vor dem Hintergrund rassistisch-nationalistischer Hetze der 1990er Jahre in Staat und Gesellschaft ist es fast logisch, dass Bönhardt, Mundlos und Zschäpe ihre brutalen Nazi-Aktivitäten damals starteten. In diese Zeit fallen auch die Pogrome von Hoyerswerda (1991) oder Rostock (1992) und die faktische Abschaffung des Asylrechts für Flüchtlinge (1993). Eine Zeit also, in der politisch Verantwortliche, Polizei- und Sicherheitsapparat zusammen mit einem erheblichen Teil der Bevölkerung damit beschäftigt waren, Rassismus und Nationalismus zu manifestieren, und somit wesentlichen Entwicklungen, wie beispielsweise die vor einem Jahr aufgefliegenen Terrorakte des NSU, Vorschub leisteten. Die schon damals von Antifaschist\_innen zugespitzte Parole „Staat und Nazis Hand in Hand“ lag und liegt oftmals traurig nah an der Realität!

Der komplette Aufruf kann hier nachgelesen werden: <http://www.antifa.de/cms/content/view/1971/1/>

Seit 20 Jahren kämpfen Antifaschist\_innen um die Erinnerung an Silvio Meier. Der Friedrichshainer Antifaschist und Hausbesetzer wurde am 21. November 1992 von einer Gruppe Neo-Nazis erstochen, nachdem er sie aufgefordert hatte, ihre aufgenährte faschistische Propaganda zu entfernen. Jährlich findet seither die Silvio-Meier-Demonstration und eine Gedenkmaahnwache statt. In diesem Jahr wird – nun ganz offiziell – eine Straße nach Silvio Meier benannt. Zum

**Diskussion mit Bernd Riexinger**

» 6.11., 18 Uhr, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Diskussion mit dem Vorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger, über Ziele und Aktivitäten der LINKEN

**Politische Bildung**

» 13.11., 19 Uhr, Thema: **Feuer und Flamme - Brennender Protest in der Honecker-/Beschnew-Ära**, Diskussion mit Karsten Krampitz (Schriftsteller, Historiker) und Dietmar Meckel (Pastor), Moderation: Olaf Michael Ostertag, KulturGut Marzahn, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahn-Hellersdorf mit Helle Panke e.V., Eintritt 1,50 Euro

**Treffen in Wahlkreisen**

» 7.11., 18 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, **Treffen aller im Wahlkreis 4** (Biesdorf/teilw. Marzahn-Süd) wohnenden Mitglieder der LINKEN, mit Regina Kittler (MdA)

» 13.11., 19 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, **Treffen aller im Wahlkreis 3** (Hellersdorf) wohnenden Mitglieder der LINKEN, mit Gebriele Hiller (MdA)

» 20.11., 19 Uhr, Nachbarschaftshaus „Kiek in“, Rosenbecker Straße 25 - 27, 12689 Berlin, **Treffen aller im Wahlkreis 1** (Marzahn-NordWest) wohnenden Mitglieder der LINKEN, mit Wolfgang Brauer (MdA), Klaus Lederer (MdA), Harald Wolf (MdA), Eberhard Roloff (BVV) - Thema: „Berliner Wasser - Teilrückkauf und das war's?“

**Kittler trifft ... Dr. Sigrid Nikutta**

» 14.11., 18 Uhr, KIZ Marzahn, Murtzaner Ring 15, 12681 Berlin; Regina Kittler (MdA) hat sich Dr. Sigrid Nikutta eingeladen, die Vorstandsvorsitzende der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Sie sind herzlich eingeladen, um mit beiden ins Gespräch zu kommen.

**Lesung mit Peter Sodann**

» 18.11., 10.30 Uhr, Peter Sodann präsentiert: „Lügenbarone und Ganoven. Von Atomminister bis Zentralbanker“ im Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10. Veranstalter: Peter-Weiss-Bibliothek mit freundlicher Unterstützung des Vereins der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V., Eintritt: 5 Euro / ermäßigt: 4 Euro - Vorverkauf in der Peter-Weiss-Bibliothek, Hellersdorfer Promenade 24, 12627 Berlin, dienstags, mittwochs und donnerstags von 14 bis 18 Uhr

**Hinten links: Ehre den Toten**

Der graue November weist eine Reihe von Feiertagen zur Ehre der Toten aus: am 2. „Allerseelen“ (katholisch), am 18. den „Volkstrauertag“ (deutsch) sowie am 21. den Buß- und Betttag und als letzten im Kirchenjahr den „Toten-“ oder „Ewigkeitssonntag“ (protestantisch). Es sind in ihrer Würde gesetzlich geschützte „Stille Feiertage“.

Und vielleicht nur deshalb werden sie von den meisten Menschen in unserer lauten, hektischen Konsum-Gesellschaft noch wahrgenommen.

König Friedrich Wilhelm III. führte 1816, von der furchtbaren Erfahrung der zurückliegenden Kriege motiviert, den Totensonntag für Preußen ein. Erst seit den Befreiungskriegen wird auch dem einfachen Soldaten ein Grab und ehrendes Denkmal zugestanden.

Nach dem 1. Weltkrieg wurde 1919 vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge der 5. Sonntag vor Ostern als „Volkstrauertag“ für die gefallenen deutschen Soldaten vorgeschlagen.

Auf Beschluss des Deutschen Bundestages unter seinem ursprünglichen Namen ans Ende des Kirchenjahres verlegt, gilt der Volkstrauertag seit 1952 dem Gedenken aller Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft – gleich welcher Nation und welches Krieges und welcher Vertreibung!

Traditionell wird an diesem Tag das Lied „Der gute Kamerad“ gespielt. Die drei Strophen schrieb Ludwig Uhland 1809; vertont von Friedrich Silcher 1825.

Das Lied ist – außer Nationalhymnen – das einzige, bei dem Soldaten den militärischen Gruß zu erweisen haben.

**Frage:**

Wie werden wir Europäer uns des Friedens-Nobel-Preises künftig würdig erweisen?  
**R. Rüdiger**

**Bezirksvorstand**

» 6.11., 19.30 Uhr, KulturGut, 20.11., 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes, weitere Termine unter [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/)

**Basisgruppensprecher-Beratungen**

» 5.12., 18 Uhr (BO Biesdorf) Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin

» 5.12., 19.30 Uhr (BO Marzahn) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 6.12., 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin

**Vertreterversammlung**

» 23.11., 19 Uhr, Theater am Park, Frankenholzer Weg 4, 12683 Berlin, **Nominierung** für die Bundestagswahl 2013 (**Direktkandidatur** im Wahlkreis 85 / Marzahn-Hellersdorf)

**Frauentreffen**

» 26.11., 18.00 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, alle Genossinnen und Sympathisantinnen sind herzlich eingeladen

**Sprechstunden**

» 5.11., 3.12. jeweils 17 Uhr, Dr. Manuela Schmidt (MdA), Stadtteilzentrum, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 13.11., 19 - 20.30 Uhr, Wolfgang Brauer (MdA) und Petra Wermke (BVV), Nachbarschaftshaus „Kiek in“, Rosenbecker Straße 25 - 27, 12689 Berlin

» 19.11., 17 Uhr, Dr. Gabriele Hiller (MdA), Kino Kiste, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin, 12627 Berlin

» 20.11., 17 - 18.30 Uhr, Petra Wermke (BVV), sportpolitische Sprechstunde, Haus d. Sports, Eisenacher Str. 121/125, 12685 Berlin

» 5.12., 16 - 18 Uhr, Petra Pau (MdB), Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefon. Anmeldung 030 99289380

» jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr, Klaus-Jürgen Dahler, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Siehe auch: [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/)

**BVV-Fraktion**

» Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: Mo 16 - 19 Uhr, Di 10 - 18 Uhr, Mi 14 - 18 Uhr, Do 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

**Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12**  
(fon: 54 12130/9953508 - fax: 99901561)

**Öffnungszeiten:**

**Montag** 13 - 17 Uhr

**Dienstag:** 10 - 17 Uhr

**Donnerstag:** 10 - 18 Uhr

**Freitag:** 10 - 13 Uhr

(mittwochs geschlossen)

**Impressum Marzahn-Hellersdorf links**

**Herausgeber:** DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

**Layout:** Yvette Rami

**Anschrift der Redaktion:** Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin  
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561.

**Internet:** [www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**E-Mail:** [bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

**Redaktionsschluss:** 29.10.2012. Auslieferung ab: 31.10.2012. **Druck:** Eigendruck. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 05.12.2012 und 09.01.2013.